

Positionspapier

Sieben Bausteine für ein „Energieprogramm Sachsen 2011“

In Sachsen gilt noch immer das Energieprogramm von 2004. Dieses Programm ist von der Realität längst eingeholt worden und muss dringend geändert werden. 2007 hat das Wirtschaftsministerium bereits ein neues ambitioniertes Programm vorgelegt, das aber von der CDU verhindert worden ist.

Im Mittelpunkt dieses neuen Energieprogramms muss der Ausgleich zwischen wirtschaftlicher Vernunft, ökologischer Notwendigkeit und sozialer Balance stehen. Die Energiewende bietet die Chance auf tausende neue Arbeitsplätze. Deutschland als Industrieland braucht eine sichere Versorgung mit Energie, damit Wertschöpfung weiter möglich bleibt. Diese Versorgung muss aber darauf ausgerichtet sein, dass Energie so umwelt- und klimafreundlich wie möglich erzeugt und so effizient wie möglich verbraucht wird. Dabei muss Energie für alle weiter bezahlbar bleiben.

1. Atomausstieg ist unumkehrbar.

Im veralteten Energieprogramm von 2004 will sich die Staatsregierung die Atomkraft als Option offen halten. Nach den Ereignissen in Fukushima kann Atomkraft in Sachsen und in Deutschland keine Option mehr sein. Bei der Benennung eines verbindlichen Ausstiegsdatums drückt sich die Staatsregierung um eine Antwort. Sie lässt Planbarkeit vermissen. Der Atomausstieg muss beschleunigt, die ältesten Atomkraftwerke abgeschaltet bleiben und bis 2020 die Nutzung der Atomenergie verbindlich beendet werden.

2. Anteil der erneuerbaren Energien auf 100 Prozent erhöhen.

Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Es ist möglich, langfristig den gesamten Energiebedarf in Sachsen und Deutschland durch erneuerbare Energien zu decken. Wir sind der Überzeugung, dass dies spätestens bis zum Jahr 2050 erreichbar ist. Die Grundlage dafür hat die rot-grüne Bundesregierung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz gelegt, das weltweit Nachahmer gefunden hat. Im neoliberalen Energieprogramm der Staatsregierung von 2004 wird dieses Gesetz als „nicht marktkonform“ diskreditiert und ebenso abgelehnt wie die ökologische Steuerreform, deren Einnahmen die aktuelle Bundesregierung aber gerne in ihrem Haushalt einplant.

3. Braunkohle als Brücke zu den erneuerbaren Energien nutzen.

Die Braunkohle ist als heimischer Energieträger mittelfristig unverzichtbar, da sie die Versorgung mit Energie sichert und Sachsen damit unabhängiger macht. Klar ist aber, dass die Braunkohle nur für eine Übergangsphase als Energieträger genutzt werden kann, in welcher der Bedarf an Energie nicht vollständig durch erneuerbare Energien gedeckt wird. Wenn dieser Zeitpunkt erreicht ist, wird die Braunkohle aber als chemischer Rohstoff weiter genutzt werden. In dieser Übergangsphase brauchen die Regionen, in denen Braunkohle abgebaut wird, weiter Hilfe beim wirtschaftlichen Strukturwandel, auch um dort ausreichende Perspektiven für Beschäftigung bieten zu können.

4. Energie muss bezahlbar bleiben.

Energierohstoffe werden weltweit immer knapper. Wenn wir weiter vor allem auf fossile Energieträger setzen, werden deshalb die Preise für private Verbraucher, aber auch für die Industrie, unweigerlich steigen. Hinzu kommt, dass der Markt für Energie von wenigen Konzernen beherrscht wird, die ihre Preise nicht nur nach Angebot und Nachfrage festsetzen. Der jährliche Anstieg der Benzinpreise in der Ferienzeit macht das deutlich. Energie darf aber nicht zum Luxus werden. Mobilität, Wärme und Strom müssen auch in Zukunft für jeden zu vernünftigen Preisen zur Verfügung stehen.

5. Energieeffizienz deutlich steigern.

Wir müssen Energie noch effizienter nutzen. Damit werden Kosten gespart und der Ausstoß von CO₂ verringert. Das gilt vor allem für Gebäude, für die heute ein Großteil der Wärmeenergie eingesetzt wird. Dabei sollte der Standard von Energie-Plus-Gebäuden bei Neubauten schnellstmöglich verpflichtend festgelegt werden. Für die energetische Sanierung von Altbauten müssen ausreichend staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Auch für die zukünftig geplanten Kraftwerke muss die Effizienz noch stärker in den Fokus rücken. Dabei spielen Gaskraftwerke eine wichtige Rolle, da sie flexibler steuerbar sind und mit ihnen die Schwankungen besser ausgeglichen werden können, die entstehen, wenn immer mehr erneuerbare Energie ins Stromnetz eingespeist wird. Solange die Braunkohle vor allem für die Erzeugung von Energie genutzt wird, müssen Braunkohlekraftwerke, die dem heutigen technischen Stand nicht mehr genügen, modernisiert oder sukzessive vom Netz genommen werden.

6. Energie besser speichern.

Im Bereich der Forschung muss vor allem in die Speicherung von Energie investiert werden. Der zunehmende Anteil der fluktuierenden Wind- und Sonnenenergie an der gesamten Stromerzeugung verlangen nach schnell reagierenden Speichern, um Stromangebot und -nachfrage ausgleichen zu können. Deshalb muss massiv in Forschung und Entwicklung investiert werden, um Speichertechnologien wirtschaftlich und systemstabilisierend einsetzen zu können. Hier muss die Staatsregierung mit einer Exzellenzinitiative „Speichertechnologien“ die Grundlage schaffen, sodass Sachsen technologischer Marktführer in Deutschland wird.

7. Energie dezentral erzeugen.

Zukünftig wird es stärker darauf ankommen, bei der Erzeugung von Energie die Verbraucherstruktur stärker in die Planungen einzubeziehen und Anlagen stärker dort zu errichten, wo sie tatsächlich benötigt werden. Nachhaltige Energieerzeugung erfolgt deshalb zukünftig bis auf Ausnahmen dezentral und kommunal. Die Zukunft gehört kleinen und dezentralen Anlagen wie Blockheizkraftwerken, die Strom und Wärme nah am Verbraucher und hocheffizient erzeugen und für deren Bereitstellung die zahlreichen Stadtwerke prädestiniert sind. Priorität muss dabei Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung eingeräumt werden. Möglich ist diese Infrastruktur aber nur auf Grundlage von intelligenten Verteilungsnetzen („smart grids“), die auch für die Elektromobilität eine wichtige Rolle spielen werden. Mit diesem neuen Netz und mehr lokaler Stromerzeugung kann ein Gegengewicht zur Marktmacht der vier großen Stromkonzerne geschaffen werden.

Mai 2011